



© Sebastian Petrich

Mut zur Lücke

Die Preise für Immobilien steigen und damit auch der Verwertungsdruck auf unbebaute Flächen. Dabei haben die vermeintlichen Brachen einen hohen ökologischen Wert

In Istanbul ist es ein Park, der einem Einkaufszentrum weichen soll, in Rio de Janeiro eine ganze Favela, an deren Stelle eine Straße zur besseren Anbindung des WM-Stadions treten soll. Diese brachialen Pläne und mehr noch der Widerstand, den sie hervorrufen, zeigen den steigenden ökonomischen Wert von innerstädtischen Flächen. Gegen die Vorkommnisse in der Türkei und in Brasilien wirkt Stuttgart 21 wie ein kleines Aufregerle, doch das Muster ist das gleiche. Private Investoren drängen darauf, zentrale Lagen in den Großstädten einer kommerziellen Nutzung zuzuführen, weil Beton als eine sehr sichere Anlageform erscheint, schließlich ist der globale Wachstumstrend der Städte ungebrochen. Dazu kommt das Unbehagen der Bürger, wenn sie den Eindruck haben, nicht oder nur ungenügend in die Planungen einbezogen zu werden.

Aus Umweltsicht ist die Urbanisierung gar nicht so schlecht. Erst eine dichte Besiedlung ermöglicht die Stadt der kurzen Wege, in der die Menschen immer weniger auf das Auto angewiesen sind; je niedriger die Entfernung zwischen den einzelnen Wohnungen ist, desto effizienter können sie mit Energie, etwa mit Nahwärme aus einem Blockheizkraftwerk, versorgt werden. Und wer in die Höhe statt in die Breite baut, versiegelt grundsätzlich weniger Fläche. Doch Verdichtung um jeden Preis führt zu Zielkonflikten, wenn sie die Lebensqualität beeinträchtigt und schützenswerte Freiräume vernichtet.

Was bedeutet schützenswert? Die Freiflächen erfüllen eine Vielzahl von Funktionen. Sie dienen als Erholungs-, Freizeit- und Rückzugsort

für die Stadtbewohner ebenso wie als Habitat unzähliger Tiere und Pflanzen – aufgrund der intensiven Landwirtschaft in den ländlichen Gebieten ist die Artenvielfalt im urbanen Raum inzwischen häufig größer als draußen. Unversiegelte Flächen in der Stadt lassen Regenwasser einsickern und beugen somit Überschwemmungen und dem Überlaufen der Kanalisation vor. Und nicht zuletzt fungieren Grünzüge als Frischluftschneisen. Um Städte an den Klimawandel anzupassen, kommt es nicht nur auf jeden Quadratmeter Stadtnatur an, sondern vor allem auch darauf, dass es sich um zusammenhängende Flächen handelt, in denen die Luft ordentlich zirkulieren kann.

Ob eine bauliche Verdichtung ökologische Vorteile bringt, variiert im Einzelfall, wobei Aufstockungen und Dachausbauten natürlich besser als der Neubau auf unversiegelten Flächen sind. Ob eine Baulücke aus Umweltsicht eine Lücke bleiben soll, hängt davon ab, wie sie bisher genutzt wurde: Handelte es sich um einen Parkplatz oder konnte sich hier in den letzten Jahren ein kleiner Urwald entwickeln? Eine solche Herangehensweise erfordert von den Bauverwaltungen aber Weitsicht und Mut, auch einmal eine Baugenehmigung zu versagen und nicht den vermeintlich einfachsten Weg einzuschlagen, um Bauland zu schaffen.

Flächen sind nicht nur in der Stadt umkämpft

Auf dem Land sollte der demografische Wandel eigentlich zu einem nachlassenden Nutzungsdruck auf Flächen führen. Doch das ist zumindest in unserer Region nicht der Fall. In Brandenburg wird der Autobahnausbau

völlig am Bedarf vorbei weitergetrieben. Der Neubau der A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin schlägt durch die dünn besiedelte Prignitz eine 28 Meter breite Schneise. Weil dieses auf falschen Verkehrsprognosen beruhende Vorhaben völlig unnötig Naturflächen zerstört und dabei massig EU-Fördergelder verschlingt, hat der BUND dagegen Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt.

Der Flächenzerstörer Nummer eins ist allerdings immer noch der Braunkohleabbau in der Lausitz. Allein für die Ausbeutung des Tagebaus Jämschwalde sollen bis 2019 etwa 8.000 Hektar abgebaggert werden, in der Folgezeit weitere 3.000 Hektar. Um diese mit den Klimaschutzzielen unvereinbare Form der Energiegewinnung voranzutreiben, wollen Landesregierung und Vattenfall 900 Menschen aus drei Dörfern vertreiben.

Was tun gegen den Flächenfraß? Der BUND setzt sich für das Null-Hektar-Ziel ein. Künftig sollen grundsätzlich keine neuen Flächen mehr versiegelt werden. Die im Bundesnaturschutzgesetz festgeschriebenen Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in den Naturhaushalt gleichen die tatsächlichen Verluste häufig nicht aus und werden auch nicht konsequent kontrolliert. Besser ist es also, nur dort zu bauen, wo die Landschaft ohnehin schon versiegelt ist: auf verlassenen Fabrikarealen, auf Parkplätzen und über Straßen und Bahntrassen. Für die Flächen gilt dasselbe wie für Produkte aller Art: lieber wiederverwenden als gebraucht liegenlassen und durch neue ersetzen. *sp*

Inhalt

THEMA Flächen

Angst vor der Leere:
Wie der Senat Tempelhof
verplant

Seite 2

„Wohnungsbau ist kein
Allheilmittel“: Interview
mit Wibke Werner

Seite 3

AKTUELL

Die Au des Kolumbus:
Wie wir uns vor Hochwasser
schützen können

Seite 4

Zu Fuß zur Schule

Seite 4

BVG im Rückwärtsgang:
Berlins Busse fahren
langsamer als früher

Seite 5

BUND checkt KandidatInnen
zur Bundestagswahl

Seite 5

Moorschutz in der Praxis:
Das Heidemoor Hennersdorf

Seite 6

Ökotipp torffrei gärtnern

Seite 6

NATUR ERLEBEN

Rote Armee geht,
Rotbauchunke bleibt:
Die Döberitzer Heide

Seite 7

KURZ & BUND

Sofort aufhören,
Herr Ramsauer!

Seite 8

Flächen in Zahlen

Seite 8

STEP Wohnen

Lange Zeit kümmerte sich die Berliner Politik nicht um den knapper werdenden Wohnraum. Doch nun hat der Senat den Entwurf für einen Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen vorgestellt. Kern dieses Plans ist es, 137.000 neue Wohnungen zu schaffen. Der BUND fordert, dabei ökologische Kriterien zu beachten. So müssen Parks, Kleingärten und begrünte Brachen erhalten bleiben. Statt den Schwerpunkt auf den Neubau auf unversiegelten Flächen zu legen, sollen die bestehenden Bauten effizienter genutzt werden: durch Dachausbau, Aufstockung und Nutzung leerer Gebäude. Kompakt und gleichzeitig lebenswert entwickelt sich die Stadt, wenn Neubauten vor allem auf ungenutzten Fabrikgeländen und in Baulücken entstehen. Flächenverschwende einstöckige Gewerbe- und Marktbauteile mit großflächigen Parkplätzen sollen nicht mehr genehmigungsfähig sein. Besonders sensible Bereiche wie das Tempelhofer Feld oder die Moorlinie in Buch fordert der BUND gänzlich von Bebauung freizuhalten. Mehr dazu unter www.bund-berlin.de/wohnungsbau

BUND-Position zu umstrittenen Bauvorhaben

Bei der geplanten Bebauung der ehemaligen Güterbahnhöfe in Pankow, Schöneweide und Wilmersdorf gilt es die Biotopverbindungen entlang der Bahntrassen zu erhalten und die Bebauung entsprechend zu reduzieren. Auf dem früheren Truppenübungsplatz Parks Range in Lichterfelde Süd sollen sich die Neubauten auf den Rand beschränken. In der Schöneberger Crellestraße, wo mehrere Bäume auf öffentlichem Straßenland einem völlig überdimensionierten neuen Wohnhaus im Wege stehen, hat der BUND bis zum Redaktionsschluss die Fällungen verhindern können.



Frischluftschneise mit freiem Blick. Aber nicht mehr lang, wenn es nach dem Senat geht

© Sebastian Petrich

Angst vor der Leere?

Die kurzsichtige Bau- und Parkplanung des Senats für das Tempelhofer Feld wird der Bedeutung der ehemaligen Flughafenfläche nicht gerecht

Der Duden definiert Horror Vacui als die Annahme, die Natur sei „überall um Auffüllung eines leeren Raums bemüht“. Kunstkritiker prägten den Begriff, als sie die überbordenden Ausschmückungen der viktorianischen Epoche beschrieben. Horror Vacui ist die Angst vor der Leere, eine Angst, die regelmäßig auch Politiker und Planer ergreift. Natürlich reden sie dann nicht von Angst, sondern davon, dass sie „gestalten“ wollen, „Chancen nutzen“, „Potenziale ausschöpfen“. Der Umgang mit der größten innerstädtischen Freifläche Berlins ist ein gutes Beispiel für dieses zwanghafte Verhalten. Noch bevor die ersten Besucher 2010 auf das Gelände des früheren Flughafens Tempelhof gelassen wurden, begann der Senat das Verfahren für die „Entwicklung“ der rund 300 Hektar großen Fläche. Dass ein Areal dieser Größenordnung Begehrlichkeiten weckt, dass der Verwertungsdruck angesichts steigender Immobilienpreise wächst, verwundert nicht. Aber was treibt die Planer der federführenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dazu, für das Herzstück des Tempelhofer Felds eine Parklandschaft „entwickeln“ zu müssen? Es ist der Horror Vacui. Ganz egal, ob hier bereits eine historisch gewachsene Kulturlandschaft besteht, die die Berliner längst zu einem Teil ihres Alltags erklärt haben und die von Besuchern aus aller Welt bewundert wird: Das Wiesenmeer muss einmal umgegraben und neu bepflanzt werden. Zwar bemühen sich

alle Parkpläne um Bezüge zum Flugfeld und zum Flughafengebäude, dabei müsste der Ansatz umgekehrt werden: Statt etwas Neues anzulegen und möglicherweise einige Elemente des Bestehenden aufzugreifen, sollte die Planung den Status quo akzeptieren und prüfen, an welchen Stellen Neues sinnvoll ist.

Der Regierende will ein neues Wahrzeichen

Anders als bei früheren Großprojekten begleiten Diskussions- und Informationsveranstaltungen den Planungsprozess – doch wozu dies alles, wenn das Ergebnis ohnehin feststeht? Mit der sehr schnellen Festlegung, das äußere Drittel des Tempelhofer Felds zu bebauen und die inneren zwei Drittel der Landschaftsauffüllung zu überlassen, macht der Senat jede Bürgerbeteiligung zur Zukunft dieser Fläche zur Farce. Nicht nur das Gesamtkonzept, sondern auch die Vorgaben für die einzelnen Teile des Tempelhofer Felds erklärt der Senat für alternativlos. Das gilt besonders für das Ankerprojekt, den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB). Dass für die beiden aus allen Nähten platzenden Hälften der ZLB eine neue Lösung her muss, ist unstrittig. Aber nachdem der Regierende Bürgermeister anordnete, die ZLB am westlichen Rand des Flugfelds zu errichten, wurden mögliche Alternativstandorte nicht mehr geprüft. Ob neben der Amerika-Gedenkbibliothek oder innerhalb des immer noch zu großen Teilen

leerstehenden Flughafengebäudes – die an bestehende Gebäude anknüpfenden Lösungen gelten den Senatsoberen als „nicht machbar“. Basta. Anscheinend ist der Wunsch nach einem neuen architektonischen Wahrzeichen übermächtig.

Auch bei dem zweiten vermeintlich starken Argument für die Bebauung des Geländes, dem Verweis auf fehlenden Wohnraum, gerät die behauptete Alternativlosigkeit bei genauerem Hinsehen ins Wanken, denn der Entwurf des StEP Wohnen (siehe dazu Randspalte links) weist Flächen für 220.000 Wohnungen nach, von denen nach diesem Plan aber nur 137.000 benötigt werden. Warum also ausgerechnet das Tempelhofer Feld bebauen? Und außerdem: Engpässe gibt es vor allem bei erschwinglichen Mietwohnungen. Diese werden nicht ausgerechnet in einer so begehrten Wohnlage entstehen. *sp*

Wenn das Abgeordnetenhaus im August nicht den Gesetzesentwurf der Initiative „100 Prozent Tempelhof“ übernimmt, geht das Volksbegehren zur Bewahrung des Tempelhofer Felds in die zweite Runde, für deren Erfolg 200.000 Unterschriften nötig sind. Wollen Sie den BUND beim Sammeln unterstützen?

Mehr zur aktuellen Lage und zu den Aktivitäten des BUND zum Thema Tempelhof finden Sie unter www.bund-berlin.de/tempelhof

Und hier sind wir als NaturschützerInnen mitten drin – denn Stress für die Menschen bedeutet in aller Regel auch Stress für die Natur. Nur, dass die sich nicht selbst zu Wort melden kann.

Deshalb sind wir diejenigen, die sich um Wildbienen und Mauersegler kümmern, die Bäume stehen lassen und Trockenrasen erhalten wollen. Die, die nicht schon wieder Grünflächen für Parkplätze und Straßen geopfert sehen möchten. Wie nötig das derzeit ist, lesen Sie hier in dieser BUNDzeit, in der der nachhaltige Umgang mit Flächen im Vordergrund steht.

Und wenn es gerade schon darum geht, wer wir sind, dann möchte sich auch das neue Gesicht in diesem Editorial vorstellen. Gestatten, Heide Schinowsky, neue Vorsitzende des Berliner BUND-Landesverbands.

Seien Sie herzlich begrüßt, wer auch immer Sie sind!

Heide Schinowsky



Liebe LeserInnen, irgendwer meinte neulich, und zwar leidlich entrüstet: Kaum wird ein neues Bauvorhaben bekannt – sei es ein Wohnhaus oder ein neues Gewerbegebiet, gibt es schon zwei Bürgerinitiativen dagegen. Ja, und? BürgerInnen interessieren sich stärker als je zuvor dafür, was um sie herum passiert – und das ist gut!

Was treibt die BürgerInnen an? Vor allem das Bedürfnis, das eigene Umfeld lebenswert zu erhalten, keinem zusätzlichen Lärm, Dreck, Verkehr und damit Stress ausgesetzt zu sein.

EDITORIAL

von Burkhard Voß und Heide Schinowsky

„Wohnungsneubau ist notwendig, aber kein Allheilmittel“

Wibke Werner vom Berliner Mieterverein über die Möglichkeiten, den Anstieg der Mieten zu bremsen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen

BUNDzeit: Wie viele Wohnungen fehlen in Berlin?

Wibke Werner: Aufgrund des Bevölkerungswachstums gehen wir davon aus, dass mehrere Zehntausend Wohnungen in Berlin fehlen. Aber Wohnung ist nicht gleich Wohnung! Gebraucht werden mehrheitlich preisgünstige Wohnungen. Nachgefragt werden überwiegend Wohnungen innerhalb des S-Bahn-Ringes. Ohne Berücksichtigung von Mietpreisen und Lage ist aber das Senatsziel von fast 11.000 neuen Wohnungen jährlich nicht hilfreich. Der Mieterverein mahnt an, sofort jedwede Beseitigung preiswerten Wohnraums zu verhindern, beispielsweise durch ein Verbot der Zweckentfremdung und die Eindämmung von Umwandlung in Eigentumswohnungen in Gebieten mit sozialer Erhaltungsverordnung, sowie die Potenziale im vorhandenen Gebäudebestand zu nutzen.

Wie sieht es mit dem Leerstand aus?

Nach der Vattenfall-Stromzählererfassung standen im Juli 2010 130.000 Wohnungen leer. Davon soll jedoch laut einer Eigentümerbefragung, die die Investitionsbank Berlin in Auftrag gegeben hat, nur etwa ein Drittel wirklich dem Markt zur Verfügung stehen. Die anderen sind aufgrund ihres schlechten Zustands nicht vermietbar, werden gerade saniert oder stehen aus spekulativen oder sonstigen Gründen leer. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen meldet kontinuierlich zurückgehenden Leerstand. In den Bezirken innerhalb des S-Bahnringes stehen danach weniger als zwei Prozent der Wohnungen leer. Für einen funktionierenden Wohnungsmarkt geht die Rechtsprechung von einem erforderlichen Leerstand von mindestens drei Prozent als Fluktuationsreserve aus.

Welcher Wohnungstyp fehlt?

Das kann man nicht generell beantworten. Bei den derzeit auf den Markt kommenden Neubauwohnungen, die ja bis jetzt fast alle einen Abnehmer finden, liegt die durchschnittliche Wohnungsgröße dieser zu fast 50 Prozent als Einzeleigentum angebotenen Wohnungen bei rund 100 Quadratmeter. Doch darf man sich nicht täuschen lassen. Die Haushaltsstruktur und Einkommensverhältnisse der Berliner und auch der Zuwanderer legen nahe, dass vor allem kleinere und preisgünstige Wohnungen fehlen. Das belegt im Übrigen auch der neue Mietspiegel. Denn wesentlich stärker als im Durchschnitt steigen die Mieten für kleine und einfach ausgestattete Wohnungen.

Beseitigt Neubau die Wohnungsknappheit?

Ja und nein, es kommt darauf an, wie zielgenau ein zusätzliches Angebot geschaffen wird. Nach Angaben der Wohnungswirtschaft kann die monatliche Nettokaltmiete bei neu gebauten Wohnungen nicht unter acht Euro pro Quadratmeter liegen. Bei den derzeitigen Neubauten vor allen privaten Investoren liegen sie eher bei elf bis dreizehn. Wenn es darum geht, Wohnraum für breite Schichten zu schaffen, liegt die Schmerzgrenze bei sechs Euro nettokalt, schließlich kommen noch Betriebs- und Heizkosten hinzu. Die Hälfte der Berliner Haushalte muss mit einem Nettohaushaltseinkommen von weniger als 1.500 Euro auskommen und gibt jetzt schon durchschnittlich 28 Prozent davon für die Bruttokaltmiete aus. Es ist vollkommen unrealistisch, dass mit Hilfe öffentlicher Förderung oder

baurechtlicher Vorgaben überwiegend preisgünstiger Neubau errichtet wird, zumal die privaten Investoren derzeit keine Bereitschaft zum Bau solcher Wohnungen zeigen. Zudem kann die Entlastung nicht schnell geschaffen werden. Wohnungsneubau dauert. Bis die Wohnungen fertig gestellt sind, könnte die Nachfrage, so die Prognose des Senats, schon wieder abgenommen haben.

Werden in Berlin überhaupt so viele hochpreisige Wohnungen nachgefragt?

Die Zahl der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen ist in den letzten Monaten deutlich angestiegen. Fast alle neuen Wohnungen werden als Eigentum oder teure Mietwohnung angeboten. Auch wenn aufgrund der Knappheit Wohnungssuchende bereit sind, mehr Geld für das Wohnen zu zahlen, wird die Nachfrage nach diesen Wohnungen unserer Einschätzung nach schwächer werden. Dann tritt das Grundproblem in den Vordergrund: Wie kann man Neubau auch für Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen erstellen? An einen „Sickereffekt“, der auch diese Haushalte durch Umzugsketten letztendlich von teuren Neubauten profitieren lässt, glauben wir nicht, solange nicht das Mietrecht durch Kappung der Mieten bei Wiedervermietung geändert wird.

Wie lässt sich der Anstieg der Mieten bremsen?

Dazu braucht es ein Bündel von Maßnahmen. Für bestehende Mietverhältnisse muss der Mieterhöhungsspielraum weiter gesenkt werden, zum Beispiel durch eine verlängerte Frist von vier Jahren bei der 15%igen Kappung, durch eine Verringerung der Mieterhöhung nach Modernisierung und durch die Berücksichtigung auch preiswerterer Bestände in den Mietspiegeln. Der Knackpunkt aber sind die Wiedervermietungen, denn bei neuen Verträgen dürfen die Mieten gegenwärtig beliebig hoch sein. Hier muss eine Begrenzung her, die die Miethöhe mit einem kleinen Aufschlag an die ortsübliche Vergleichsmiete koppelt.

Tut der Senat genügend, um die vielen leerstehenden öffentlichen Gebäude einer sinnvollen Nutzung zuzuführen?

Ich vermisse beim Senat die Fantasie. Er ist schon sehr stark auf den Neubau als Lösung fixiert und vergisst dabei, für den vorhandenen Gebäudebestand kreative Lösungen zu finden. Man kann leer stehende nicht mehr benötigte öffentliche Gebäude in Wohnraum umwandeln und bei privaten Eigentümern den Umbau von Gewerberäumen zu Wohnungen fördern. Für die bessere Nutzung der vorhandenen Wohnungen sollte der direkte Wohnungstausch ohne Mieterhöhung zumindest bei den städtischen Wohnungen ermöglicht werden. Hier können wir von Schweden lernen.

Das Gespräch führte Sebastian Petrich



Zur Person

Wibke Werner, geboren 1977, studierte Jura in Berlin und arbeitete von 2006 bis 2009 als Rechtsanwältin für Mietrecht in der von ihr mitgegründeten Kanzlei Ahrens, Werner, Roek. 2010 wechselte sie zum Berliner Mieterverein und ist dort als Mitarbeiterin der Geschäftsführung in Fragen des Mietrechts, der Wohnungspolitik und der Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Ausgleichsmaßnahmen

Rund 80 Hektar Fläche, das sind mehr als 100 Fußballfelder, werden täglich neu versiegelt, etwa 80 Prozent davon für den Siedlungsbau, gefolgt vom Straßenbau. Um die Folgen für den Naturhaushalt möglichst gering zu halten, sieht das Bundesnaturschutzgesetz vor, Eingriffe kompensieren zu können. In der Regel Parkanlagen als Ausgleichsmaßnahmen. Das ist zwar immer gut gemeint, aber nicht immer gut gemacht. Ein besonders schlechtes Beispiel ist der neue Park am Gleisdreieck, der als Ausgleich für Baumaßnahmen am Potsdamer Platz entstand. Dort, wo vor der Ausgleichsmaßnahme Baumgruppen, Wildrosen und Trockenrasen zahlreichen Arten ein Habitat boten, wurde für 24 Millionen Euro ein naturferner Park geschaffen. Statt einen Eingriff zu kompensieren, hat die Gestaltung weitere Natur zerstört. Wie ein mit üppiger Vegetation gesegnetes ehemaliges Bahngelände durchaus in einen gut nutzbaren naturnahen Park umgewandelt werden kann, zeigt dagegen die Fläche am Nordbahnhof.

Planungsbürokratie verstehen

Wie kommen Bebauungspläne zustande? Welche Gremien entscheiden? Wie können sich Bürgerinnen und Bürger an den Planungen beteiligen? Um diese Fragen zu klären, hat der BUND einen Wegweiser zur ökologischen Bauleitplanung und ein Wiki namens „Planung verstehen“ veröffentlicht. www.bund-berlin.de/wegweiser

Leerstandsmelder

In Berlin und seinem Umland stehen zahlreiche Gebäude leer, öffentliche wie private. www.leerstandsmelder.de/berlin

Senat knieft vor dem Wahlvolk

Die Regierenden in Berlin tun alles, um den Volksentscheid zur Rekommunlizierung der Energieversorgung zum Scheitern zu bringen. Obwohl oder gerade weil die Initiatoren des Vorhabens den Ablauf so geplant hatten, dass die Berlinerinnen und Berliner parallel zur Bundestagswahl am 22.9.2013 über ihren Gesetzesentwurf zur Gründung eines Stadtwerks und zur Rückgewinnung der öffentlichen Kontrolle über das Stromnetz abstimmen könnten, hat der Senat die Abstimmung für den 3.11.2013 angesetzt. Das Kalkül ist ebenso durchschaubar wie dreist: Die rot-schwarze Koalition fürchtet eine Annahme des Volksentscheids und setzt darauf, dass bei einem späteren Abstimmungstermin nicht die nötige Beteiligung zustande kommt. Weitere Informationen zum Volksentscheid unter www.bund-berlin.de

BUND sucht preiswürdige Leistungen

Wer hat sich besonders um Natur und Umwelt in Berlin verdient gemacht? Noch bis zum 10.9.2013 können Personen, Institutionen, Initiativen oder Firmen in den Kategorien Kinder und Jugend, Wirtschaft und Innovation sowie Umweltengagement für den Berliner Umweltpreis nominiert werden. Selbstverständlich darf man sich auch selbst bewerben. Der Preis wird von der Investitionsbank Berlin, der Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land, der BSR und den Berliner Wasserbetrieben unterstützt. www.berliner-umweltpreis.de

Kesseltausch

Eine alte Heizung kann ganz schön ins Geld gehen und dem Klima schaden. Das Aktionsbündnis Stadtvertrag Klimaschutz lockt alle Heizungsbesitzer, die ihren alten Kessel gegen einen neuen eintauschen möchten, mit einem Gewinnspiel. Es winkt ein Zuschuss zum Heizungstausch von bis zu 1.000 Euro. Teilnahmechluss ist am 31.8.2013. www.stadtvertrag-klimaschutz.de



Davon bitte mehr: Rest eines Auwäldchens an der Elbe bei Wittenberge

Die Au des Kolumbus

Am besten schützen wir uns vor Hochwasser, indem wir den Flüssen mehr Raum geben und Aulandschaften revitalisieren

Die Jahrhunderte werden kürzer, zumindest wenn man sie nach dem Aufkommen von Jahrhunderthochwassern ermittelt. Nur elf Jahre nach der letzten großen Flut traten diesen Sommer wieder Flüsse in Deutschland, Tschechien, Österreich, Slowakei, Ungarn und Serbien über die Ufer. Der volkswirtschaftliche Schaden dürfte mit etwa zwölf Milliarden Euro größer sein als bei dem vorigen Jahrhunderthochwasser, aber wenigstens liegt die Zahl der Todesopfer mit etwa 25 (davon acht in Deutschland) deutlich niedriger als im Jahr 2002, damals waren es fast doppelt so viele. Hätte es auch weniger schlimm kommen können, hätte man sich besser vorbereiten können?

An der Elbe wurde in den letzten Jahren zwar viel Geld in den Hochwasserschutz gesteckt, vor allem in neue Schutzwälle. Doch von den 35.000 Hektar Uferland, die die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe schon vor Jahren als geeignete Fläche für Deichrückverlegung und wiederhergestellte Auen identifiziert hatte, wurden bislang weniger als fünf Prozent so umgewandelt, dass sie im Hochwasserfall als Wasserrückhaltefläche dienen. Wie effektiv eine solche Maßnahme sein kann, zeigte sich jetzt im äußersten Nordwesten Brandenburgs bei Lenzen. Hier lag der Scheitel des aktuellen Elbehochwassers knapp 35 Zentimeter über dem von 2002, in den umliegenden Abschnitten flussauf- und abwärts aber 40 bis 80 Zentimeter höher. Dies ist dem Deich zu verdanken, der unter maßgeblicher Beteiligung des BUND über einen Abschnitt von 7,4 Kilometern bis zu 1,3 Kilometer ins Landesinnere verlegt wurde.

In den letzten zwei Jahrhunderten sind bundesweit mehr als 90 Prozent der natürlichen Überflutungsflächen verlorengegangen. Die in diesem Juni überfluteten Gebiete sind zu großen Teilen mit den früheren Auen identisch. Neben der Wiederherstellung der Auwälder und der Verlegung der Deiche weiter ins Land fördert der BUND eine Reihe von Maßnahmen, um Regenwasser besser zurückzuhalten. So müssen Bäche und Flüsse entgradigt und mit historischen Altarmen verbunden werden, Moore und Feuchtgebiete erhalten und wieder neu vermäht werden sowie der Umbruch von Grünland in Ackerboden stärker reglementiert werden. In den Überflutungsgebieten sollte man sich ganz vom Ackerbau verabschieden, schließlich nehmen Grün- und Waldflächen wesentlich mehr Wasser auf und erodieren bei Überschwemmung nicht so stark. Und generell muss die Flächenversiegelung aufhören, hindert sie doch das Regenwasser am Versickern im Boden.

Im Spreewald haben die Menschen noch ein paar weitere Sorgen. Nachdem auch in dieser vom Tourismus abhängigen Region die Überschwemmungen zurückgegangen sind, bleibt unklar, welchen Einfluss das Hochwasser auf die Verockerung der Spree hat. Die Wassermassen haben den aus dem Braunkohletagebau stammenden Eisenschlamm zwar verdünnt, es fragt sich aber, ob die überschwemmten Böden nun belastet sind. Der BUND fordert, an der Ursache der Verschmutzung anzusetzen und die Braunkohleförderung in der Lausitz einzustellen. *sp*

Unterstützen Sie das Aktionsbündnis Klare Spree unter www.bund-brandenburg.de/klare-spree! Mehr zur Deichrückverlegung in Lenzen unter www.naturschutzgrossprojekt-lenzen.de

Das Elterntaxi abbestellen

Im September findet an Berliner Schulen die Aktion „Zu Fuß zur Schule“ statt

Am liebsten wollen die soccer moms mit ihrem Hausfrauenpanzer bis in das Klassenzimmer fahren“. Sätze wie diese finden sich auf Facebook, wenn dort über das Phänomen des Elterntaxis diskutiert wird. Tatsächlich herrscht morgens an etlichen Grundschulen ein hohes Verkehrsaufkommen, das möglicherweise weitere Eltern dazu bringt, die Kinder mit dem Auto in der Schule abzuliefern. Aus Sicherheitsgründen. Dabei macht der Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad die Kinder wach, schärft ihr Orientierungsvermögen, schult ihre Motorik und sorgt für die Entwicklung einer gesunden Selbstständigkeit.

Auch dieses Jahr regt die Aktion „Zu Fuß zur Schule“ in der zweiten Septemberhälfte wieder zum Nachdenken über das Mobilitätsverhalten von Kindern und Eltern an. Vom 16. bis zum 28. September finden an verschiedenen Grundschulen Aktionen statt, die von Schule zu Schule sehr unterschiedlich sind. Während manche das Verkehrsaufkommen vor der Schule erfassen und Tempomessungen durchführen, thematisieren andere die Schulwege, identifizieren Gefahrenstellen in der Umgebung oder nähern sich spielerisch Themen wie der Abschätzung von Geschwindigkeit und Bremsweg. Eine große Rolle spielt dabei stets, mit den Müttern und Vätern mögliche Alternativen zum Elterntaxi zu besprechen.

Der BUND unterstützt Schulen, die an der Aktion „Zu Fuß zur Schule“ teilnehmen wollen, mit Zubehör wie Stempel, Buttons und Luftballons mit Fußsymbol, Straßekreide oder Transparente mit dem Schriftzug „Zu Fuß zur Schule“ zum Ausmalen. Für die beteiligten Erwachsenen gibt es das Praxishandbuch Mobilitätserziehung.

Kontakt: Gabi Jung, jung@bund-berlin.de, 030 78790031
Weitere Informationen www.mobilitaetserziehung-berlin.de



Kinder der Carl-Humann-Schule kontrollieren, ob das Tempolimit vor der Schule eingehalten wird



Spekuliert hier ein Geier auf sich zu Tode wartende Fahrgäste?

BVG im Rückwärtsgang

Im historischen Vergleich fahren die Berliner Busse deutlich langsamer als vor Jahrzehnten. Dabei wäre eine Beschleunigung durchaus möglich

Die Linie M48 ist eine typische Metrobuslinie: stark nachgefragt, in dichter Taktfolge verkehrend und ziemlich langsam. Genau eine Stunde brauchen ihre Busse von Zehlendorf bis zum Alexanderplatz laut Fahrplan. Im echten Leben dauert es häufig noch länger. Unter Berücksichtigung aller Stopps erreicht der M48 planmäßig eine Geschwindigkeit von 14,6 km/h. Dieses Tempo entspricht exakt der Durchschnittsgeschwindigkeit von acht Metrobuslinien, die eine BUND-Studie untersucht hat. Als besonders langsam erweist sich mit 13,3 km/h die Linie M46, während die Linie M19 als Spitzenreiter 15,8 km/h erreicht. Die Daten, die aus den Fahrplänen der jeweiligen Teilstrecken innerhalb des S-Bahnringes ermittelt wurden, erlauben einen Vergleich über mehrere Jahrzehnte. 1960 lag die Durchschnittsgeschwindigkeit der ausgewählten Buslinien noch bei 16,6 km/h.

Bei der Linie M48 endet die Busspur immer wieder kurz vor den Kreuzungen, um Platz für Abbiegespuren zu schaffen. Außerdem bremsen ungünstige Ampelschaltungen die Busse aus. Besonders kurios: An der Haltestelle Walter-Schreiber-Platz verbietet ein spezielles Bussignal das Losfahren, obwohl die normale Ampel Grün anzeigt. Und immer wieder blockieren Autos die Busspur. Diese Probleme sind der BVG natürlich nicht unbekannt. Die Verkehrsbetriebe haben schon vor Jahren ein Beschleunigungsprogramm aufgelegt, das allerdings, wie die BUND-Studie zeigt, ausgerechnet bei den im Jahr 2004 als Premiumprodukt eingeführten Metrolinien so gut wie keine Verbesserungen gebracht hat. Auch die Straßenbahnen sind gegen den bundesweiten Trend langsamer geworden.

Die BVG hat zwar 1.400 Vorrangschaltungen für Busse und Tram bei der Verkehrslenkung beantragt, doch diese dem

Stadtentwicklungssenator unterstehende Behörde hat gerade einmal die Hälfte dieser Ampelschaltungen verändert. Nächstes Problem: Die Polizei zeigt nicht besonders viel Ehrgeiz, gegen Falschparker auf den Busspuren vorzugehen. Zudem fehlen an entscheidenden Stellen immer noch die Busspuren. Viele von ihnen sind auch zu schmal, um Radfahrer und Busse nebeneinander aufzunehmen; sie gilt es zu Lasten des Autoverkehrs zu verbreitern.

Einige schnell wirksame Maßnahmen könnte die BVG aber auch in eigener Regie ergreifen. Mehr Fahrscheinautomaten an den Haltestellen reduzieren den zeitraubenden Ticketverkauf durch die Fahrer. Und vor allem müssten die Fahrgäste wieder durch alle Türen einsteigen dürfen. Die Investition in Automaten und die wahrscheinlich höhere Schwarzfahrerquote würde das landeseigene Verkehrsunternehmen zwar Geld kosten, was durch die Einsparung von Betriebskosten aber wieder kompensiert würde. Nach Berechnungen des BUND könnte die BVG allein durch die Beschleunigung der Metrobuslinien innerhalb des S-Bahnringes zehn bis zwölf Busse einsparen. Rechnet man dazu noch mit fünf Prozent neuen Fahrgästen, die aufgrund der ausbleibenden Beschleunigung nicht Neukunden im öffentlichen Verkehr werden, so verschicken die BVG und das Land Berlin mit den Trödelbussen rund drei Millionen Euro im Jahr.

Inzwischen hat die BVG auf die Kritik des BUND reagiert und angekündigt, die Zahl der Mitarbeiter, die die Busspuren von parkenden Autos befreien, von 20 auf 30 aufzustocken. Geht doch! *sp*

Mehr unter www.bund-berlin.de/beschleunigung

Was wollen Sie im Bundestag?

Wer welche Ziele in der Umweltpolitik verfolgt, klärt der KandidatInnencheck des BUND

Alle 38 Parteien, die zur Bundestagswahl am 22. September antreten, kann der BUND nicht zu ihren Positionen befragen und beschränkt sich daher auf die DirektkandidatInnen der fünf Fraktionen, die dem bisherigen Bundestag angehören. Von diesen 1.445 politisch ambitionierten Menschen haben bis Redaktionsschluss rund 63 Prozent am BUND-KandidatInnencheck teilgenommen. Folgende drei Fragen wurden bundesweit allen vorgelegt: Sind Sie dafür, die Energiewende wieder zu beschleunigen und nicht länger auf Atom, Kohle

und Fracking zu setzen? Sind Sie für eine verpflichtende, frühzeitigere und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten? Sind Sie dafür, industrielle Massentierhaltung zu stoppen und Fleischexporte nicht länger zu fördern?

Dazu kommen bis zu zwei Fragen, die mit besonderen Problemen des jeweiligen Wahlkreises zu tun haben. So konnten sich die KandidatInnen in Potsdam zur Zukunft des Forschungsreaktors Wannsee äußern, während in Friedrichshain-Kreuzberg die Meinung zur Verlängerung der A 100 zwischen Treptower Park und Frankfurter Allee gefragt war.

Über eine interaktive Landkarte auf der Internetseite des BUND-Bundesverbandes gelangen Sie zu den jeweiligen Antworten der DirektkandidatInnen. www.bund.net/kandidatinnencheck

Klicken Sie auf www.bund.net auf dieses Bild, um zum KandidatInnencheck zu kommen

**Fotowettbewerb Allee des Jahres**

Auch in diesem Jahr ermittelt der BUND mit dem Fotowettbewerb die Allee des Jahres 2013. Unter dem Motto „Lebensraum Allee“ wird eine Allee mit großem Artenreichtum, besonderer Geschichte, von besonderer Schönheit oder aktueller Bedrohung gesucht. Fotoeinsendungen mit kurzer Begründung nimmt der BUND bis zum 16.9.2013 entgegen. Die neue Allee des Jahres stellt die Jury am 20.10.2013 der Öffentlichkeit vor. Den drei Erstplatzierten winken schöne Preise. Mehr zum Wettbewerb, Wettbewerbsbedingungen und Fotoupload unter www.allee-des-jahres.de Fotoversand per E-Mail oder Post bitte an alleewettbewerb@bund.net oder an BUND Brandenburg, Friedrich-Ebert-Straße 114a, 14467 Potsdam

Landesdelegiertenversammlung des BUND Brandenburg

Der BUND-Landesverband Brandenburg lädt alle Mitglieder herzlich zur Landesdelegiertenversammlung nach Potsdam ein. Nach einem Rückblick auf die Arbeit des vergangenen Jahres sollen die Ziele für das Jahr 2013 abgesteckt werden. Zu den aktuellen Schwerpunkten des BUND in Brandenburg gehören das Widerspruchsverfahren gegen die Schweinezuchtanlage Haßleben und die Beteiligung am Braunkohlenplanverfahren Welzow-Süd II. Samstag, 21.9.2013, 10 Uhr, Haus der Natur, Lindenstraße 34, Potsdam

BUNDjugend befragt KandidatInnen

Gäste voraussichtlich: Klaus Mindrup (SPD, Pankow), Christina Schwarzer (CDU, Neukölln), Stefan Liebich (Linke, Pankow), Frank Roeder (Piraten, Tempelhof-Schöneberg), Helmut Metzner (FDP, Friedrichshain-Kreuzberg) 20.8.2013, 19.15 Uhr, Laika, Emser Straße 131, Berlin-Neukölln

Mitmachen

Clubmob

Nach der Climate Parade lädt die BUNDjugend zum Feiern für Energieeffizienz in den Festsaal Kreuzberg. Die Einnahmen des Abends werden in die Energieeffizienz des Clubs investiert, der dadurch seine CO₂-Emissionen verringert.

23.8.2013, ab 22 Uhr, Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Straße 130, Berlin-Kreuzberg, Eintritt: 12 Euro www.clubmob.de

JugendleiterIn werden

Die BUNDjugend bildet junge Menschen zu JugendgruppenleiterInnen aus, am Seminarende erhalten die Teilnehmenden die JugendleiterInCard (JuLeiCa). Der Kostenbeitrag für die drei Wochenenden beträgt inklusive Erste-Hilfe-Kurs 75 bis 160 Euro, je nach Selbsteinschätzung der finanziellen Möglichkeiten.

22.–24.11.2013, 29.11.–1.12. 2013, 6.–8.12.2013
Anmeldeschluss: 27.10.2013
Infos und Anmeldung bei victoria@bundjugend-berlin.de

Deutsch-russischer Austausch zu nachhaltigem Tourismus

Die dreiwöchige Begegnung, die gleichzeitig eine JuLeiCa-Schulung ist, findet mit jungen Menschen aus Deutschland und Sibirien statt. Neben interkulturellem Rahmenprogramm und Erste-Hilfe-Kurs steht Klettern in der Sächsischen Schweiz auf der Agenda.

3.–20.10.2013, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen
Informationen und Anmeldung unter www.berlin.bundjugend.de oder bei bjoern@bundjugend-berlin.de



© BUND Brandenburg

Das Heidemoor Hennersdorf liegt in einer Altmoränenlandschaft im Kirchhain-Finsterwalder Becken im Elbe-Elster-Kreis

Moorschutz in der Praxis

Jahrzehntlang wurden die Brandenburger Moore entwässert, um die Flächen land- und forstwirtschaftlich zu nutzen. Der BUND hat nun damit begonnen, das erste von mehreren Mooren in den früheren Zustand zurückzusetzen

Um ein ausgetrocknetes Moor wieder mit reichlich Wasser zu versorgen, braucht man einen kooperativen Partner, Niederschläge und eine Finanzquelle. Beim Heidemoor Hennersdorf, in der Nähe von Finsterwalde gelegen, ist all dies gegeben. Der private Eigentümer hat ein Interesse daran, das Wasserangebot auf seinen Flächen möglichst hoch zu halten, damit die Baumbestände auch in trockeneren Phasen ausreichend mit Wasser versorgt sind. Er ist nicht nur mit den geplanten Maßnahmen auf seinem Grundbesitz einverstanden, sondern unterstützt den BUND, indem er selbständig begonnen hat, seinen Wald in der Umgebung umzubauen, so dass mehr Laubbäume wachsen, die die Grundwasserneubildung fördern.

Das Heidemoor Hennersdorf ist als Hochmoor eine Rarität in dieser niederschlagsarmen Region. Es ist mit gerade einmal sechs Hektar relativ klein, für den Wasserrückhalt aber umso wichtiger. In den letzten zwei Jahren sorgten ergiebige Niederschläge für ein erhöhtes Wasserangebot, das es im Gebiet zurückzuhalten gilt. Dafür werden ein kleiner Graben komplett zugeschüttet, ein Abflussrohr ausgegraben und entsorgt und drei Staudämme gebaut. Eine Teilfläche des Moores, die durch die Entwässerung der letzten Jahrzehnte zu stark beeinträchtigt wurde, wird nun abgeschoben und dient als Füllmaterial zum Verschließen eines Grabens. Die Bauarbeiten, die aufgrund des sensiblen Gebietes eine spezialisierte und für die Aufgabe besonders ausgerüstete Wasserbaufirma übernimmt, beginnen im September nach der letzten Blüh- und Brutphase.

Die Wiedervernässungsmaßnahmen sind die Bedingung dafür, dass das Moor in Zukunft wieder wachsen kann. Ein ganzjährig überflutetes Moor wächst im Jahr ungefähr um einen Millimeter. Diese Eigenschaft hatte es durch das Trockenfallen verloren. Die Torfmächtigkeit verringerte sich und das Moor setzte jedes Jahr große Mengen Kohlendioxid frei. Sobald sich das Moor aber wieder wie ein Moor verhält, bindet es CO₂ und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das ist aber nicht die einzige wichtige Funktion: Ein intaktes Moor stabilisiert auch die Grundwasserbestände in der gesamten Umgebung und bietet zahlreichen seltenen und schützenswerten Arten, wie beispielsweise dem Moorfrosch, ein Habitat.

Beim Heidemoor Hennersdorf wird die Wiedervernässung 34.000 Euro kosten, die aus EU- und Landesmitteln zur Entwicklung des ländlichen Raumes kommen. Nun sucht der BUND weitere Moorflächen, die in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden können. *Felix Reyhl*

Kennen Sie eine geeignete Moorfläche? Wollen Sie ein Moor in seiner weiteren Entwicklung begleiten? Dann melden Sie sich bitte bei Felix Reyhl unter bund.brandenburg@bund.net oder 0331 23700142.

Weitere Informationen unter www.bund-brandenburg.de/moorschutz

Torffrei gärtnern

Als Studierende der Fachhochschule Eberswalde im Auftrag des BUND 2011 eine Umfrage vor Berliner Gartencentern durchführten, hatten 62 Prozent der befragten Kunden keine Ahnung, dass konventionelle Pflanzenerde im Wesentlichen aus Torf besteht und dass der Torfabbau Hochmoore zerstört, die nicht nur vielen Pflanzen und Tieren eine Heimat sind, sondern auch klimaschädliches Kohlendioxid in großem Maße speichern. Der Torf der hierzulande verkauften Erde stammt überwiegend aus Estland. Noch machen Moore etwa 22 Prozent der Fläche in der kleinen baltischen Republik aus. Diese Moore werden in 40 Jahren aber komplett verschwunden sein, wenn der Torfabbau in diesem Tempo weitergeht.

Doch auch diejenigen, die um das Problem wissen, kaufen gelegentlich torfhaltige Erde, schließlich führen die kleinen Kiezblumenläden oft keine torffreie Erde. Bei den Baumärkten und Gartencentern dominieren die torfhaltigen Erden – ganz anders als in England, wo etwa die Hälfte der verkauften Pflanzenerde schon torffrei ist. Der wesentliche Vorteil von Torf ist, neben seinem niedrigen Preis, dass er fast keine Nährstoffe enthält. Das erleichtert die Dosierung von Düngemitteln erheblich, spielt

für Hobbygärtner aber eigentlich keine große Rolle. Die Alternativen zum Torf sind Rinden- und Grünschnittkompost, Rindenhumus und Holzfasern. Auch diese Stoffe verbessern die Böden, versauern im Gegensatz zu Torf aber kaum.

Der BUND hat eine Liste von Herstellern und Händlern torffreier Pflanzenerde zusammengestellt. Aber Vorsicht: Fast alle dort aufgeführten Firmen bieten auch torfhaltige Erde an. Manche Produkte bewerben sie als „torf reduziert“, wobei der Torfanteil hier bei bis zu 80 Prozent liegt. Einzig das Sortiment der Firma Neudorff ist komplett torffrei.

Tipp: Wenn Sie im Onlinehandel torffreie Erde kaufen wollen, gehen Sie über das Portal www.boost-project.com zum Händler Ihres Vertrauens – dann fließt beim Kauf eine Provision an einen gemeinnützigen Verein Ihrer Wahl, zum Beispiel an den BUND.

Die Liste der torffreien Erden erhalten Sie unter www.bund.net/torffrei



© Fritz Zuhke / PIXELIO

Bei torffreier Erde wird man im Onlinehandel schneller fündig als im Gartencenter

Mitmachen

Pilzberatung beim BUND

Wollen Sie wissen, was Sie gesammelt haben? Bis zum Ende der Pilzsaison Ende November bestimmen erfahrene Mykologen der Mykopedia e. V. einmal wöchentlich Pilze, die Sie mitbringen. Dieser Service kostet Sie nichts und umfasst nicht nur Speisepilze und deren giftige Doppelgänger, sondern alle Pilzarten, welche makroskopisch (also mit dem bloßen Auge oder mithilfe einer Lupe) bestimmt werden können. Wenn Sie möchten, erhalten Sie eine umfassende Beratung über die Ökologie der Pilze, wo und wann Sie welche Pilze finden können. Einige Pilzarten sind nur mikroskopisch zu bestimmen, was einen erhöhten Aufwand erfordert und deshalb nur im Rahmen einer individuellen Vereinbarung über ein Gutachten erfolgt. Immer dienstags 17:30–18 Uhr, BUND-Landesgeschäftsstelle, Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg

Berliner Staudenmarkt

Auf dem traditionellen Pflanzenmarkt ist der BUND mit einem Stand zum Thema Essbares auf Bäumen präsent. 7./8.9.2013, jeweils 9–18 Uhr, Botanischer Garten, Berlin-Dahlem www.berliner-staudenmarkt.de

Auf den Spuren der Berliner Biber

Wo lebt der Biber in Berlin? Wie kann er in der Großstadt überleben? Was frisst er? Und wie sieht eine Biberburg aus? Anke Willharm's Führung für Erwachsene und Kinder widmet sich der Biologie, der Lebensweise und den Spuren des fleißigen Baumeisters. Preis: 6 Euro für Erwachsene, 3 Euro für Kinder, bitte Fernglas mitbringen! Anmeldung unter 0162 8423299 oder info@biberfuehrungen.de Sonntag, 15.9.2013, 16:30–18 Uhr, Start: Parkplatz vor dem Strandbad Tegeler See



© Stefan Hiernischke

Ausgewilderte Przewalski-Pferde leben mittlerweile in der Döberitzer Heide

Rote Armee geht, Rotbauchunke bleibt

Die Naturlandschaft Döberitzer Heide ist eine der interessantesten Konversionsflächen Brandenburgs

Eine App, die selbstständig Vogelstimmen erkennt, wäre jetzt hilfreich. Einfach die Anwendung öffnen, das Smartphone ein paar Sekunden in Richtung des Geräuschs halten und dann ablesen, um welchen Vogel es sich handelt. Doch so schlau, so smart sind die Telefone doch noch nicht. Bleibt also nur die altmodische Methode: stehenbleiben und warten, ob sich der Vogel noch einmal meldet oder sich gar zeigt. Eigentlich müssten sich ein paar Vögel zeigen, Wiedenhopfe, Steinschmätzer, Heidelerchen, Ziegenmelker oder Braunkehlchen. Doch zu Gesicht bekommt der Beobachter an diesem heißen Julitag nur Mauersegler, wie man sie aus der Stadt kennt. Dafür fiept und trällert es aus dem Wald und aus dem halboffenen Heidefeld, dass es eine Freude ist. Kein Verkehrsruschen im Hintergrund, keine menschlichen Geräusche. Jedenfalls solange, bis wieder ein Flugzeug zu hören ist, das von Tegel startend in Richtung Süden abdreht.

Wer an einem Werktag in der Döberitzer Heide unterwegs ist, trifft unter Umständen stundenlang auf keinen anderen Menschen. Außer vielleicht auf die Arbeiter, die die Barriere zwischen dem sandigen Wanderweg und der Wildniskernzone in Schuss halten. Es handelt sich um drei hintereinander aufgestellte Zäune, davon zwei elektrisch geladene, die hier für einen lückenlosen Schutz sorgen: Schutz der Menschen vor noch immer nicht beseitigten Munitionsresten auf diesem ehemaligen Militärgelände, Schutz aber auch der Tiere und Pflanzen in der Wildniskernzone vor menschlichen Eingriffen. Das heißt allerdings nicht, dass der innere Bereich völlig unreguliert sich selbst überlassen bleibt. Seit einigen Jahren sorgen Wisente und ausgewilderte Przewalski-Pferde dafür, dass die mosaikartige Struktur auf dem Gelände erhalten bleibt.

Die außergewöhnlich hohe Artendichte der Döberitzer Heide – nachgewiesen werden konnten 124 Brutvogelarten, 48 Säugetierarten, darunter Bechstein-Fledermaus, Feldhase und Baumarder, 16 Reptilien- und Amphibienarten, darunter Rotbauchunke, Kreuzotter und Zauneidechse – verdankt sie ihrer Vergangenheit als Truppenübungsplatz, die die Zersiedelung und Zerschneidung der Landschaft verhinderte. Als Kurfürst Friedrich Wilhelm 1713 auf dem Gut Döberitz mit der Musterung eines Dragonerregiments diese Tradition begann, verdienten die Menschen in der Umgebung ihren Lebensunterhalt als Ackerbauern, Schafzüchter, Weinbauern, Ziegelbrenner oder Schmiede. Dies änderte sich 1895, als dem preußischen Militär seine Schießanlage in Tegel zu klein wurde. Die Döberitzer Bauern wurden enteignet und umgesiedelt. In den folgenden Jahren wuchs der Truppenübungsplatz weiter, um bis 1937 eine Fläche von mehr als 5.000 Hektar zu erreichen. Hier entstand der erste Militärflughafen des Kaiserreichs, von hier aus marschierten 1920 Soldaten über die Heerstraße nach Berlin, um gegen die junge Republik zu putzen. Nachdem die Rote Armee die Döberitzer Heide im April 1945 unter ihre Kontrolle gebracht hatte, ließ sie einige Bauern auf Teilflächen des Truppenübungsplatzes wirtschaften, um dann ab 1957 das Areal wieder allein zu nutzen.

In den Folgejahren entwickelte sich die Vegetation relativ ungestört, schon 1987 erklärten die Sowjets das Feuchtgebiet Ferbitzer Bruch zum Naturschutzgebiet. Nach dem Abzug der Roten Armee 1991 wurde der Großteil der Gebäude auf dem riesigen Gelände abgetragen, heute ist von Bunkern, Kasernen und den beiden früheren Dörfen Döberitz und Ferbitz nur noch wenig zu sehen.

Der Wanderweg, der sich in ständigen Auf- und Abstiegen als Rundkurs durch das von der Heinz-Sielmann-Stiftung erworbene Gelände schlängelt, immer außerhalb der Wildniskernzone, führt durch für unsere Region untypische Mischwälder, die sich mit Heideflächen abwechseln. Einst war es der besonders trockene Boden, der das Gelände vor allem im „Wüste“ genannten Teilstück für Panzerübungen interessant machte, heute profitieren Heide-Nelken, Sand-Strohblume und Kleines Habichtskraut von den außergewöhnlich großen Trockenrasenflächen. Entlang der Waldränder findet sich sogar das seltene Weiße Fingerkraut. Mit rund 22 Kilometer Länge ist der Rundweg zwar eine gute Fahrraddistanz, allerdings fordert das Fahren auf dem kaum ausgebauten Feldweg eine gewisse Aufmerksamkeit, die auf Kosten der Naturbeobachtung geht. Wer den Bahnhof Elstal (Strecke Berlin–Rathenow) als Ausgangspunkt der Tour durch die Döberitzer Heide nimmt, sollte sich überlegen, einen Abstecher in das teilweise verfallene Olympische Dorf zu unternehmen. *sp*

Weitere Informationen: www.doeberitzerheide.de



© Sebastian Petrich

Einige Bunkerreste stehen noch, die meisten aber in der umzäunten Wildniskernzone

Impressum

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und
Landesverband Brandenburg e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 114a
14467 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

Kontakt

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

Redaktion

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

Marketing

Thorsten Edler
Vertriebsunterstützung:
primeline.berlin gmbh
Marienburger Straße 16
10405 Berlin

Anzeigen

Tel. 030 787900-42
E-Mail: anzeigen@BUNDzeit.de

Druck

NEEF + STUMME premium
printing GmbH & Co. KG
Schillerstraße 2
29378 Wittingen

Gestaltung

sujet.design
Uhlandstraße 85
10717 Berlin
www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: viertel-
jährlich, der Bezugspreis ist
im Mitgliedsbeitrag enthalten

Auflage

30.000
Gedruckt auf Ultra Lux
semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit
erscheint Ende Oktober 2013.
Anzeigenschluss ist der
16. September 2013.

Spendenkonto

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Kto. 32 888 00

BUND Brandenburg
Mittelbrandenburgische
Sparkasse
BLZ: 160 500 00
Kto. 350 202 62 45

Erbschaften an den BUND
sind nach §13 ErbStG von
der Erbschaftssteuer befreit.
Fordern Sie unsere Informa-
tionsmaterialien an:
erbschaftsratgeber@BUND-
Berlin.de



Sofort aufhören, Herr Ramsauer!

Mehr als eine Milliarde Euro für 6,3 Kilometer – Berlin schießt einmal wieder den Vogel ab. Die mit aller Macht durchgesetzte Verlängerung der Autobahn A 100 von Neukölln zum Treptower Park ist mit großem Abstand das teuerste Straßenneubauvorhaben der Republik, vielleicht sogar der ganzen Welt, wenn man das Verhältnis von Kosten und Streckenlänge betrachtet. Aber auch andere Bauprojekte aus dem aktuellen Bundesverkehrswegeplan reißen riesige Löcher in die öffentlichen Kassen und fressen Flächen im großen Stil. Der BUND hat zwölf von ihnen, die besonders viel kosten, viel Natur zerstören und wenig volkswirtschaftlichen Nutzen bringen, zusammengestellt. Spitzenreiter im „dussligen Dutzend“ ist, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet, die Nordseeautobahn A 20 zwischen Bad Segeberg in Schleswig-Holstein und dem niedersächsischen Westerstede. Diese 200 Kilometer werden wohl mindestens drei Milliarden Euro verschlingen. Auch für die A 14 von Magdeburg nach Ludwigslust greift Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer tief in die Taschen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler: 1,4 bis 1,7 Milliarden Euro sind ihm diese 155 Kilometer wert, die auch die dünn besiedelte Prignitz zerschneiden.

Wenn Sie die Meinung teilen, dass es höchste Zeit für eine bürgernahe Verkehrsplanung ist, die nicht mehr wahllos die Landschaft zubetoniert, dann können Sie uns jetzt helfen. Auf dem Aktionsportal „Mobil statt verplant“ finden Sie neben Informationen zum „dussligen Dutzend“ die aktuellen Straßenbauvorhaben sortiert nach Bundesländern sowie ein Formular, mit dem Sie Alternativvorschläge skizzieren können. Eine weniger zeitaufwendige, aber ebenso wirksame Hilfe wäre es, den Aufruf an den Verkehrsminister zu unterschreiben, in dem der BUND fordert, Prestigeprojekte zu stoppen, lieber Schlaglöcher zu stopfen als neue Straßen zu bauen und endlich Bürgerinnen und Bürger an der Planung von Bundesstraßen und Autobahnen zu beteiligen. Selbstverständlich können Sie auch eine persönliche Nachricht an Herrn Ramsauer hinzufügen.

Unterschreiben Sie bitte hier:
www.mobil-
statt-verplant.
de/mitmachen



© Jessica Lohmann / PIXELIO

Flächen in Zahlen

Von insgesamt 89.000 Hektar Fläche in Berlin entfallen auf ...

... Wohnzwecke (inkl. Gärten),
in Hektar: **21.158**
... Gewerbe und Industrie,
in Hektar: **3.459**
... Grünanlagen, in Hektar: **9.682**
... Straßen, Wege, Plätze,
in Hektar: **10.729**
... Wald, in Hektar: **16.349**
... Wasser, in Hektar: **5.952**
... Landwirtschaft, in Hektar: **3.951**

Einwohner pro Quadratkilometer ...

... in Berlin: **3.927**
... in Brandenburg: **85**

Zahl der Wohnungen oder Einfamilienhäuser in ...

... Berlin (2002): **1.874.313**
... Berlin (2011): **1.903.231**
... Brandenburg (2002): **1.260.766**
... Brandenburg (2011): **1.285.189**

Von insgesamt 2.948.563 Hektar Fläche in Brandenburg entfallen auf ...

... Wohnzwecke (inkl. Gärten),
in Hektar: **61.402**
... Gewerbe und Industrie,
in Hektar: **30.234**
... Grünanlagen, in Hektar: **16.216**
... Straßen, Wege, Plätze,
in Hektar: **91.021**
... Wald, in Hektar: **1.048.293**
... Wasser, in Hektar: **101.373**
... Landwirtschaft,
in Hektar: **1.453.263**
... Förderung von Bodenschätzen
(z. B. Braunkohle),
in Hektar: **29.347**

Zahl der 2012 neu errichteten Gebäude in ...

... Friedrichshain-Kreuzberg:
13 (davon Wohnhäuser: **4**)
... Pankow: **423**
(davon Wohnhäuser: **398**)
... Frankfurt (Oder): **48**
(davon Wohnhäuser: **40**)
... Potsdam-Mittelmark: **942**
(davon Wohnhäuser: **854**)
... Berlin insgesamt: **2.269**
(davon Wohnhäuser: **2.065**)
... Brandenburg insgesamt: **5.981**
(davon Wohnhäuser: **5.196**)

Von den seit 1991 in Berlin neu gebauten Wohnhäusern entstanden auf ...

... früheren Gewerbeflächen
(in Prozent): **19**
... früheren Militärflächen
(in Prozent): **9**
... früheren landwirtschaftlichen
Flächen (in Prozent): **21**
... früheren Kleingärten
(in Prozent): **3**
... früheren Gärtnerflächen
(in Prozent): **11**
... sonstigen Freiflächen
(z. B. Grünanlagen, Grenzstreifen;
in Prozent): **15**
... sonstigen Bauflächen
(in Prozent): **13**
... bisherigen Wohnbauflächen
(in Prozent): **9**

Menschen, die ...

... nach Berlin zogen (2003):
116.141
... aus Berlin fortzogen (2003):
115.664
... nach Berlin zogen (2011):
158.864
... aus Berlin fortzogen (2011):
119.443
... nach Brandenburg zogen (2003):
68.098
... aus Brandenburg fortzogen (2003):
67.064
... nach Brandenburg zogen (2011):
63.387
... aus Brandenburg fortzogen (2011):
61.540

Quellen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Ich bin natürlich interessiert ...

- ... am Abonnement der BUNDzeit, 4 Mal im Jahr, Gesamtpreis 5 Euro
(für BUNDmitglieder und BUNDFörderer im Jahresbeitrag enthalten)
- ... bitte senden Sie mir Informationen über den BUND
 Berlin Brandenburg
- ... am E-Mail-Newsletter des BUND
- ... an einer Mitgliedschaft im BUND (Jahresbeitrag: ab 50 Euro, ermäßigte Beiträge möglich)

Name, Vorname
PLZ Ort

Straße, Hausnummer
E-Mail

Bitte ausfüllen, ausschneiden und senden an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin bzw. BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Str. 114a • 14467 Potsdam

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY